

Wachstum, Zuwanderung und Alterung: Das Gesicht der Städte verändert sich

geschrieben von Redakteur | Januar 10, 2024



Neue BBSR-Studie gibt Einblicke in demografische und soziale Entwicklungen in deutschen Großstädten

Eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) analysiert die demografischen und sozialen Entwicklungen in mehr als 50 deutschen Großstädten – vom Bevölkerungswachstum über eine veränderte Altersstruktur bis hin zu sozialer Ungleichheit. Die Forschungsarbeit beruht auf kleinräumigen statistischen Daten.

Für den Zeitraum 2011 bis 2021 identifiziert die Studie folgende

Trends :

1. Bevölkerungswachstum: Fast alle Großstädte verzeichneten einen Bevölkerungszuwachs. Insgesamt lebten 2021 rund 7 Prozent mehr Menschen in den Großstädten als 2011. Überdurchschnittlich stark wuchsen die größten deutschen Städte, aber auch viele kleinere Großstädte in Süddeutschland.
2. Zuwanderung: Alle Städte verzeichneten im Untersuchungszeitraum Zuwanderungsgewinne aus dem Ausland.
3. Binnenwanderung: Trotz des allgemeinen Bevölkerungswachstums verloren die meisten Städte durch Binnenwanderung Bevölkerung an das direkte Umland, wobei viele Familien zu den Abwandernden gehörten.
4. Alterung: Die Bevölkerung alterte, in den Großstädten allerdings weniger stark als im deutschen Durchschnitt. Ursächlich ist auch hier die Zuwanderung aus dem Ausland. Der Anteil von Menschen ab 85 Jahren nahm gegenüber 2011 um fast 30 Prozent zu.
5. Kinder und Jugendliche: Im Vergleich zu 2011 stieg die Anzahl von Kindern und Jugendlichen deutlich an, in den ostdeutschen Städten sogar um 29 Prozent.
6. Internationalisierung: Jede/r Fünfte hatte in den Großstädten im Jahr 2021 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Ausländeranteile variierten zwischen den Städten stark.
7. Haushaltsentwicklung: Die Zahl der Einpersonenhaushalte und der Haushalte mit fünf und mehr Personen stieg deutlich an, die der kleinen Haushalte um 9 Prozent, die der großen Haushalte um 15 Prozent.
8. Soziales: Der Arbeitslosenanteil und der Anteil der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen variierten beträchtlich, wobei süddeutsche Städte geringe Anteile aufwiesen. Hohe Anteile haben dagegen Städte im Ruhrgebiet.

„Ankunftsquartiere“

Der Bevölkerungszuwachs betrifft der Studie zufolge besonders

Stadtteile, die ohnehin von einer hohen Fluktuation geprägt sind und als „Ankunftsquartiere“ eine wichtige Funktion für die Integration von Zuwandernden spielen. Die Forschenden fanden zudem heraus, dass sich die soziale Ungleichheit in den letzten zehn Jahren verstärkt hat – gemessen am Arbeitslosenanteil und am Anteil der in Bedarfsgemeinschaften lebenden Personen. In Stadtteilen mit hohen SGB-II-Quoten stiegen sowohl die Zahl als auch der Anteil der Personen, die Leistungen nach SGB II erhalten. Hier leben überdurchschnittlich viele Alleinerziehende sowie Haushalte mit fünf und mehr Personen. In einigen Stadtteilen leben inzwischen mehr als 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften.

Die Studie „Deutsche Großstädte unter Anpassungsdruck“ macht die sich aus den sozialen und demografischen ergebenden Handlungserfordernisse für die Stadtentwicklungspolitik sichtbar. Sie ist auf der Website des BBSR abrufbar:

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2023/deutsche-grossstaedte-anpassungsdruck.html>

Hintergrund: Grundlage der Studie sind im Wesentlichen Daten des kommunalstatistischen Gemeinschaftsprojekts „Innerstädtische Raumbewachung“ (IRB), an dem 55 Städte – darunter 52 Großstädte – teilnehmen. Alle Städte über 250.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind an dem Projekt beteiligt. Die Daten ermöglichen einen einzigartigen repräsentativen Blick auf die Entwicklung der Großstädte in Deutschland. Der große Mehrwert liegt unter anderem darin, dass Daten auf Stadtteilebene vorliegen und so innerstädtische soziale und demografische Entwicklungen analysiert werden können. Das BBSR koordiniert die Datensammlung und -bereitstellung und fungiert als Geschäftsstelle für das Projekt.

Christian Schlag, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)